

Der Beitrag der Unternehmen zur Parteienfinanzierung.

Wer spendet an wen? Und warum?

Martin Höpner

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

hoepner@mpifg.de

(Erschienen in: Zeitschrift für Parlamentesfragen, 2/2006, 293-312. Seitenzahlen des Originals wurden durch *(es folgt S. XXX)* kenntlich gemacht.)

Zusammenfassung

In Deutschland sind, anders als beispielsweise in Frankreich und den USA, direkte Parteispenden juristischer Personen zulässig. In diesem Beitrag wird ein Modell präsentiert, das von strukturellen Unternehmensmerkmalen auf die Bereitschaft zu Parteispenden und ihre Verteilung an die politischen Lager schließen lässt. Es beruht auf Daten über Spenden der einhundert größten deutschen Unternehmen im Wahljahr 2002. Spenden und ihre Verteilung hängen vor allem von der personellen Verflochtenheit und der Sektorzugehörigkeit der Unternehmen ab. Im Aggregat verteilen sich die im Jahr 2002 von den einhundert größten Unternehmen gespendeten Mittel wie folgt auf die Parteien: CDU und CSU erhielten 55,8 Prozent, die SPD 22,1 Prozent, die FDP 17,7 Prozent und die Grünen 4,4 Prozent. Die PDS erhielt von Unternehmen keine Großspenden. Zwei Logiken des Spenderverhaltens sind zu unterscheiden: die gezielte Stärkung eines politischen Lagers gegenüber dem anderen und die parteienübergreifende politische Landschaftspflege. Ergänzend werden zudem die Parteispenden der Arbeitgeberverbände sowie die Finanzierung der „Stiftung Neue Soziale Marktwirtschaft“ durch den Arbeitgeberverband Gesamtmetall betrachtet.

Einleitung: Unternehmensspenden zwischen Tolerierung und Verbotsforderung

Ulrich von Alemann bezeichnete die Parteienfinanzierung als „ein dunkles Kapitel des bundesdeutschen Parteienstaats“.¹ Die Spenden juristischer Personen, vor allem Unternehmen und Arbeitgeberverbände, sind ihr wohl umstrittenster Bestandteil. Im Zuge der Reformdiskussion zur Parteienfinanzierung, die in das Änderungsgesetz zum Parteienrecht von 2002 mündete, rückte ein Verbot der Parteispenden juristischer Personen erstmals in greifbare Nähe. Die nachfolgende Betrachtung soll dazu beitragen, die Spendertätigkeit der Unternehmen besser zu verstehen. Durch welche Strukturmerkmale unterscheiden sich spendende Unternehmen von solchen, die keine Parteispenden tätigen? Wie werden die Spenden verteilt? Und haben die Parteien unterschiedliche Segmente der Unternehmenslandschaft für sich gewinnen können, oder entfallen die Spenden der Parteien auf ein gemeinsames Unternehmenssegment?

Was macht Parteispenden von juristischen Personen zu einem besonders umstrittenen Gegenstand? Betrachten wir zunächst die positiven Seiten der Spendenfinanzierung. Unumstritten ist, dass die Aufgaben der Parteien über Mitgliedsbeiträge allein nicht zu finanzieren sind. Alle anderen Finanzierungsquellen gelten als mehr oder minder kleine Übel. Die Bedeutung der Finanzierung über Kredite und Kapitalerträge ist vergleichsweise marginal. Es verbleiben Spenden und die staatliche Parteienfinanzierung, und immerhin helfen Spenden, das relative Gewicht öffentlicher Finanzierung zu begrenzen – lässt sich die Geschichte der deutschen Demokratie doch als fortlaufender Prozess der „Etatisierung der Parteien“² lesen, gar die „Ausbeutung des Staats durch die Parteien“³ beklagen. Dem gegenüber lassen sich Spenden, zumindest in der Form von Kleinspenden natürlicher Personen, als Akt der Kommunikationen zwischen Parteien und Gesellschaft interpretieren. Die Bereitschaft, an Parteien zu spenden, zeugt vom politischen Engagement der Bürger und wird vom Gesetzgeber als ausdrücklich erwünschte Finanzierungsform steuerlich begünstigt.

Anders Großspenden, die sich in einem Spannungsverhältnis zum demokratischen Prinzip gleicher Teilhabe der Bürger befinden. Politikwissenschaftler forderten immer wieder eine gesetzliche Deckelung der zulässigen Spendenhöhe, wobei als Obergrenze Beträge zwischen 20.000 Euro und 125.000

¹ Ulrich von Alemann, Parteienfinanzierung: Skandale, Umwege, Urteile, in: Peter Haungs/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven*, Köln 1987, S. 210-214., hier S. 210.

² Klaus von Beyme, *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*, Opladen 2000, S. 128.

³ Hans Herbert von Arnim, Die politischen Parteien und das Geld. In: *Gesellschaft für Rechtspolitik Trier* (Hrsg.), *Bitburger Gespräche. Jahrbuch 1993/2*, München 1993, 61-71., hier S. 65. Siehe zur Kritik an der staatlichen Parteienfinanzierung auch Dimitris Th. Tsatsos, Die politischen Parteien in der Grundgesetzordnung, in: Oskar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), *Partiendemokratie in Deutschland*, Opladen 1997, S. 133-156., hier S. 155; Göttrik Wewer, Unfähig zu strategischem Denken? Sozialdemokraten und staatliche Parteienfinanzierung, in: Göttrik Wewer (Hrsg.), *Parteienfinanzierung und politischer Wettbewerb. Rechtsnormen - Realanalysen - Reformvorschläge*, Opladen 1990, S. 256-288, hier S. 487.

Euro pro Jahr diskutiert wurden.⁴ Nur Wohlhabende (oder juristische Personen) verfügen über die Mittel, Spenden oberhalb dieser Grenze leisten zu können. Sollten sich Spenden in politischen Einfluss übersetzen, wäre der demokratische Gleichheitsgrundsatz verletzt. (*es folgt S. 294*) Finanzkräftige Personen hätten dann überproportionalen Einfluss, und Parteien mit entsprechendem Wählerklientel würden gegenüber anderen Parteien begünstigt. Die Vereinbarkeit von Großspenden und dem Prinzip gleicher Teilhabe setzt deshalb Mechanismen voraus, die verhindern, dass Spenden durch Gegenleistungen in Form politischer Entscheidungen abgegolten werden.

Manche Beobachter diskutieren die Deckelung von Großspenden als Minimallösung und befürworten ein generelles Verbot von Parteispenden juristischer Personen.⁵ Zur Begründung wird vor allem darauf verwiesen, dass ja auch das allgemeine Wahlrecht aus guten Gründen nur natürlichen, aber nicht juristischen Personen zukommt. Großspenden von Unternehmen und Verbänden dokumentieren nicht, wie etwa Kleinspenden natürlicher Personen, politisches Engagement der Bürger. Es liegt die Vermutung nahe, dass durch sie Verhaltensänderungen der Politiker bewirkt werden sollen. Der Einfluss auf konkrete Einzelentscheidungen widerspricht dem Demokratieprinzip ebenso wie die allgemeine „politische Landschaftspflege“, von der Flick-Manager *Eberhard von Brauchitsch* einst sprach.⁶ *Christine Landfried* veranschaulicht dies mit dem Begriff der unerwünschten Kapitalisierung der Parteienfinanzierung: Verfolgen Spenden den Zweck, durch die Beeinflussung der Parteipolitik eine politische Rendite zu erzielen, ist die gleiche Teilhabe der Bürger am demokratischen Prozess außer Kraft gesetzt.⁷

Zur Begründung der Forderung nach rigideren gesetzlichen Regelungen wird zudem auf die Praxis anderer Länder verwiesen. So gelten in Ländern wie den USA, Japan, Frankreich und Spanien schärfere Offenlegungspflichten.⁸ In den USA existiert sowohl eine im Jahr 1974 eingeführte Höchstgrenze für Spenden natürlicher Personen⁹ als auch ein Verbot direkter Parteispenden durch juristische Personen.¹⁰ In Frankreich sind Parteispenden juristischer Personen seit 1995 verboten.¹¹

⁴ Siehe beispielsweise *Klaus von Beyme*, Parteien im Wandel, a.a.O., S. 132; *Christine Landfried* in der Frankfurter Rundschau vom 31.3.2004, S. 31; *Peter Lösche*, Über das Geld in der Politik, in: *Christian Graf von Krockow/Peter Lösche* (Hrsg.), Parteien in der Krise. Das Parteiensystem der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens, München 1986, S. 84-93., hier S. 91.

⁵ Siehe vor allem *Christine Landfried*, Parteienfinanzen und politische Macht. Eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA, Baden-Baden 1990, S. 300-303; *Peter Lösche*, a.a.O., München 1986, S. 84-93, hier S. 91; *Karl-Heinz Naßmacher*, Parteienfinanzen im westeuropäischen Vergleich, in: ZParl, 23 Jg. (1992), H. 3, S. 462-488; *Andrea Römmele*, Unternehmensspenden in der Parteien- und Wahlkampffinanzierung. Die USA, Kanada, die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im internationalen Vergleich, Baden-Baden 1995.

⁶ Dazu auch *Karl-Heinz Naßmacher*, Parteienfinanzierung in Deutschland, in: *Oskar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss* (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 157-176, hier S. 166.

⁷ *Christine Landfried* in der FAZ vom 10.12.1998, S. 8.

⁸ *Karl-Heinz Naßmacher*, Parteienfinanzierung in der Bewährung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2000), H. B16, S. 15-22, hier S. 16-17.

⁹ *Klaus von Beyme*, Parteien im Wandel, a.a.O., S. 132.

¹⁰ Allerdings ist es Unternehmen erlaubt, Political Action Committees einzurichten. Siehe *Peter Lösche*, a.a.O., S. 72-73.

Welche Mechanismen können sicherstellen oder zumindest dazu beitragen, dass sich Spenden nicht in politische Verhaltensänderungen der Entscheidungsträger übersetzen? An dieser Stelle kommt der Transparenz der Parteienfinanzierung eine zentrale Bedeutung zu. Spenden (derzeit ab der Schwelle von 10.000 Euro) sind gemäß der Paragrafen 23 ff. des Parteiengesetzes in den (*es folgt S. 295*) Rechenschaftsberichten der Parteien offen zu legen und durch den Bundestagspräsidenten als Drucksache des Deutschen Bundestags zu veröffentlichen. Sind Großspenden der Öffentlichkeit bekannt, können Zusammenhänge zwischen Finanzflüssen und politischen Entscheidungen aufgedeckt, durch Wahlentscheidungen der Bürger abgestraft und gegebenenfalls juristisch geklärt werden. Allein unter der Bedingung weit reichender Transparenz erscheint die Legalität von Großspenden natürlicher, besonders aber juristischer Personen mit dem Demokratieprinzip vereinbar.

Allerdings ist die Transparenz der Parteienfinanzierung mit Problemen behaftet, die zweifelhaft erscheinen lassen, ob sie politische Gegenleistungen für Großspenden tatsächlich wirksam unterbinden. Erstens bleibt die Anonymität von Spenden bis zur Schwelle von 10.000 Euro gewahrt (§25 Parteiengesetz). Die Stückelung von Spenden in Portionen unterhalb der Transparenzschwelle galt bis zur jüngsten Änderung des Parteiengesetzes als kritikwürdig, war aber nach herrschender Auffassung nicht illegal. *Hans Herbert von Arnim* bezeichnet die Publizitätsschwelle im Parteiengesetz als „großzügig“,¹² *Karl-Heinz Naßmacher* als „vielleicht sogar blauäugig“.¹³ Schwerer wiegt aber, dass in der Geschichte der Bundesrepublik bis zuletzt eine ausgeprägte Kultur von Verstößen gegen das Transparenzgebot bestand. Es ist die oben skizzierte, für die öffentliche Kontrolle eminent hohe Bedeutung der Transparenz, die beispielsweise *Helmut Kohls* Beteuerung, die Geber der von ihm in den neunziger Jahren gesammelten Spenden in Gesamthöhe von 1,5 bis 2 Millionen DM seien allesamt Ehrenmänner, unzureichend erscheinen lässt: „Ich bedaure, wenn die Folgen dieses Vorgehens mangelnde Transparenz und Kontrolle sowie möglicherweise Verstöße gegen Bestimmungen des Parteiengesetzes sein sollten.“¹⁴

Zweifelhaft ist darüber hinaus, ob sich selbst bei vollständiger Transparenz Zusammenhänge zwischen Spenden und politischem Verhalten tatsächlich nachweisen lassen. Die Chancen dafür stehen gut, wenn konkrete Einzelentscheidungen „gekauft“ werden sollen. Der Flick-Skandal der frühen achtziger Jahre kam einem solchen Fall politischer Korruption zumindest nahe. Der Vorwurf lautete, der Flick-Konzern habe Parteien und einzelne Abgeordnete bestochen, um Veräußerungsgewinne in Höhe von

¹¹ Siehe *Kommission unabhängiger Sachverständiger zu Fragen der Parteienfinanzierung*, Bericht der Kommission unabhängiger Sachverständiger zu Fragen der Parteienfinanzierung, Empfehlungen für Änderungen im Recht der Parteienfinanzierung, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/6710 vom 19.7.2001, S. 33.

¹² *Hans Herbert von Arnim*, Die Partei, der Abgeordnete und das Geld, Mainz 1991, S. 21.

¹³ *Karl-Heinz Naßmacher*, Parteienfinanzierung in der Bewährung, a.a.O., S. 17.

¹⁴ Zitiert nach *Ulrich von Alemann*, Die Parteien und das Geld oder: Sind alle Politiker korrupt?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 51 Jg. (2000), H. 2, S. 68-77, hier S. 68.

840 Millionen DM aus dem Verkauf von Daimler-Benz-Aktien im Jahr 1975 nicht versteuern zu müssen – eben jene Steuer, die die rotgrüne Bundesregierung zur Überraschung aller Beobachter im Jahr 2001 gänzlich abschaffte, um die Auflösung des als „Deutschland AG“ bezeichneten Unternehmensnetzwerks zu beschleunigen. Seinerzeit erwiesen sich alle im Bundestag vertretenen Parteien, besonders aber die FDP von den Korruptionsvorwürfen betroffen.¹⁵

Die Zurechenbarkeit von Spenden zu konkreten Einzelentscheidungen dürfte allerdings Ausnahme statt Regelfall sein. Sollte ein (im juristischen Sinn kaum nachweisbarer) Zusammenhang zwischen kontinuierlichen Spendenflüssen ausgewählter Automobilunternehmen und einer Kfz-freundlichen Politik zu Lasten anderer Wirtschaftssektoren oder Personengruppen (*es folgt S. 296*) bestehen, ohne dass jemals eine Einzelentscheidung „gekauft“ worden wäre – wäre dies aus Demokratiegesichtspunkten nicht ebenso fragwürdig wie Fälle nachweisbarer Korruption? Ein weiteres Problem des Transparenzmechanismus tritt hinzu: Er wirkt nur, wenn sich Institutionen und Personen finden, die die Rechenschaftsberichte der Parteien systematisch auswerten, und wenn sich die Öffentlichkeit für die Ergebnisse dieser Analysen tatsächlich interessiert. Um den Bekanntheitsgrad der Rechenschaftsberichte ist es aber, wie beispielsweise *Naßmacher* kritisiert, nicht gut bestellt.¹⁶ Weder Presse noch Wissenschaft bringen den Spendendaten ein ausgeprägtes Interesse entgegen. *Thomas Kaufner* mahnt die Politikwissenschaft, Rechenschaftsberichte zu analysieren und die Ergebnisse in die Öffentlichkeit zu tragen.¹⁷

Das Spendenverhalten der Großunternehmen im Jahr 2002: Aggregatdaten

Um zum Ausbau politikwissenschaftlicher Einsichten in das Spendenverhalten der Großunternehmen beizutragen, werden nachfolgend zwei miteinander verknüpfte Fragen untersucht. Erstens: Sind Spender und Nichtspender gleichmäßig über die Gruppe der Großunternehmen verteilt? Oder lassen sich Merkmale benennen, die eine Aussage über die Wahrscheinlichkeit erlauben, mit der ein Unternehmen spendet? Die zweite Frage betrifft parteibezogene Unterschiede. Lässt sich auch die Verteilung der Spenden auf die Parteien entlang unternehmensstruktureller Merkmale vorhersagen? Zerfällt die Grundgesamtheit der größten deutschen Unternehmen in eine „linke“ und eine „bürgerliche“ Gruppe, oder kommen die Spenden an beide Lager von den selben Unternehmen? So wurden im amerikani-

¹⁵ *Rolf Ebbinghausen*, a.a.O., S. 104; *Christine Landfried*, Parteienfinanzen und politische Macht, a.a.O., S. 133; *Theo Schiller*, Zwischen Existenzbedrohung und Wirtschaftsabhängigkeit - Die Finanzierungsklemme der FDP, in: *Göttrik Wewer* (Hrsg.), Parteienfinanzierung und politischer Wettbewerb. Rechtsnormen - Realanalysen - Reformvorschläge, Opladen 1990, S. 195-234, hier S. 195f.

¹⁶ *Karl-Heinz Naßmacher*, Parteienfinanzierung in der Bewährung, a.a.O., S. 17.

¹⁷ *Thomas Kaufner*, Rechenschaftspflicht und Chancengleichheit - Zur Bedeutung einer ordnungsgemäßen finanziellen Rechenschaftslegung für den Wettbewerb der Parteien. In: *Göttrik Wewer* (Hrsg.), *Parteienfinanzierung und politischer Wettbewerb. Rechtsnormen - Realanalysen - Reformvorschläge*, Opladen 1990, S. 100-133, hier S. 102.

schen Kontext häufig zwei Typen von Unternehmen unterschieden, die einen multinational, auf dem Heimatmarkt tendenziell monopolistisch, kapitalintensiv, den Demokraten zuneigend und auf Ausgleich mit den Gewerkschaften bemüht („yankee“), die anderen binnenorientiert, wettbewerbsorientiert, beschäftigungsintensiv, den Republikanern zuneigend und vergleichsweise gewerkschaftsfeindlich („cowboy“).¹⁸

Spendenfinanzierung wird in Wahljahren in besonders relevant. Angesichts der Wahlkampfausgaben haben Parteien in Wahljahren ein besonders ausgeprägtes Finanzbedürfnis, und Spenden wirken sich direkt auf die Chancen auf Machterhalt bzw. -erlangung aus. Aus diesen Gründen übertrifft das (*es folgt S. 297*) Spendenvolumen in Wahljahren jenes der Jahre zwischen den Wahlen regelmäßig bei weitem.¹⁹ Grundlage der vorliegenden Analyse sind die im Jahr 2004 als Bundestagsdrucksache zugänglich gemachten Rechenschaftsberichte über das Wahljahr 2002.²⁰ Daten zu den Spenden im Wahljahr 2005 werden nicht vor 2007 vorliegen. Davon ausgenommen sind die Spenden über 50.000 Euro, die seit der Reform von 2002 unverzüglich dem Bundestagspräsidenten mitzuteilen und durch ihn zu veröffentlichen sind.

Tabelle 1 informiert über die Struktur der Einnahmen der Parteien im Wahljahr 2002. Im Einklang mit den in früheren Studien festgestellten typischen Mustern finanzierte sich die Sozialdemokratie auch im Jahr 2002 zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil über Mitgliedsbeiträge (49,3 Prozent im Vergleich zu 40,9 Prozent im Fall der CDU). Auffällig ist bei der SPD zudem der im Vergleich zu anderen Parteien hohe Anteil an Einnahmen aus Vermögen. Er entfällt vor allem auf Unternehmensbeteiligungen. Dem gegenüber weist die FDP den mit Abstand niedrigsten Anteil an Finanzierung über Mitgliedsbeiträge auf. Die relative Bedeutung staatlicher Zuschüsse streut mit einer Bandbreite von 25,9 Prozent (CSU) bis 33,1 Prozent (Grüne). Im Hinblick auf die Gesamteinnahmen liegt die SPD mit rund 158,8 Mio. Euro vor den anderen Parteien, zusammengenommen übersteigen die Einnahmen von CDU und CSU die Einnahmen der SPD mit rund 187,7 Mio. Euro allerdings um etwa 18 Prozent.

(Tabelle 1 ungefähr hier)

(*es folgt S. 298*)

¹⁸ Eine Zusammenfassung dieser Diskussion findet sich bei *Val Burris/James Salt*, *The Politics of Capitalist Class Segments: A Test of Corporate Liberalism Theory*, in: *Social Problems*, 37. Jg. (1990), H. 3, S. 341-359, hier S. 342-347; siehe auch *Thomas Ferguson/Joel Rogers*, *The Decline of the Democrats and the Future of American Politics*. New York: 1986., S. 221-228; *Mark S. Mizruchi/Thomas König*, *Economic Sources of Corporate Political Consensus: An Examination of Interindustry Relations*, in: *American Sociological Review*, 51. Jg. (1986), H. 4, S. 482-491; *Mark S. Mizruchi*, *Determinants of Political Opposition among Large American Corporations*, in: *Social Forces*, 68. Jg. (1990), H. 4, S. 1065-1088.

¹⁹ *Rolf Ebbinghausen*, a.a.O., S. 89; *Karl-Heinz Naßmacher*, *Comparing Party and Campaign Finance in Western Democracies*, in: *Arthur B. Gunlicks* (Hrsg.), *Campaign and Party Finance in North America and Western Europe*, Boulder 1993, S. 233-267, hier S. 246.

²⁰ Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/2800 vom 25.3.2004.

Deutliche Unterschiede zwischen den Parteien zeigen sich hinsichtlich der Einnahmen aus Spenden (Tabelle 2). Betrachtet man die Spenden natürlicher und juristischer Personen gemeinsam, ergibt sich eine Summe von rund 17,3 Mio. Euro für die SPD und 49,3 Mio. Euro für CDU und CSU, wobei allein die Spenden an die CSU jene an die SPD übersteigen. Die Spendeneinnahmen der FDP liegen mit etwa 13,7 Mio. Euro nicht weit unterhalb derer der SPD. Die Grünen erhielten im Wahljahr 2002 um die 5,3 Mio. Euro an Spenden, die PDS knapp 3,8 Mio. Euro. In Relation zu den Gesamteinnahmen betrachtet, weist die FDP mit 43,6 Prozent die höchste Spendenquote auf, knapp gefolgt von der CSU mit 41,0 Prozent. Die Spenden an die CDU machen 21,5 Prozent der Gesamteinnahmen aus, die Spenden an die Grünen 20,1 Prozent, jene an die PDS 17,1 Prozent und die Spenden an die SPD lediglich 10,9 Prozent.

(Tabelle 2 ungefähr hier)

Besonders große Unterschiede zeigen sich bei den Spenden juristischer Personen. CDU und CSU erhielten im Jahr 2002 von juristischen Personen insgesamt etwa 16,9 Mio. Euro (CDU: 9,6 Mio. Euro, CSU: 7,3 Mio.), was die entsprechenden Spenden an die Sozialdemokratie (3,4 Mio. Euro) etwa um den Faktor 5 übertrifft. Die Spenden juristischer Personen an FDP und Grüne unterscheiden sich etwa um den Faktor 3 (FDP: 3,1 Mio. Euro, Grüne: 1,1 Mio. Euro). Bei der PDS haben Spenden von Unternehmen und Verbänden praktisch keine Bedeutung (rund 52.000 Euro). Wiederum in Relation zu den Gesamteinnahmen betrachtet, erweisen sich bei den Spenden juristischer Personen – anders als beim gesamten Spendeneinkommen, wo die FDP vorn liegt – die Einnahmen der CSU als am höchsten (15,8 Prozent), gefolgt von denen der FDP (10,0 Prozent), der CDU (6,8 Prozent), der Grünen (4,0 Prozent), der SPD (2,2 Prozent) und der PDS (0,2 Prozent). Diese Unterschiede werden noch plastischer, wenn man sie in Beziehung zu den Zweitstimmen bei der Bundestagswahl des Jahres 2002 setzt. Die Wirtschaft und ihre Verbände bedachten die SPD mit 18 Cent pro Wähler, die CDU mit 68 Cent pro Wähler, die FDP mit 89 Cent pro Wähler und die CSU sogar mit 1 Euro 69 Cent pro Wähler. *(es folgt S. 299)*

Die oben formulierten Forschungsfragen setzen ein Sample von Unternehmen voraus, deren Strukturmerkmale in Variablen codiert werden können. Als Grundgesamtheit wurde die Gruppe der nach ihrer inländischen Wertschöpfung im Jahr 2002 einhundert größten deutschen Unternehmen gewählt. Eine Liste dieser Unternehmen wird im Zweijahresrhythmus von der Monopolkommission publiziert.²¹ Die Unternehmensspenden wurden aus den Rechenschaftsberichten der Parteien erhoben und den einhundert größten Unternehmen zugeordnet. Prinzipiell teilen sich die in den Tabellen 1 und 2 aufgeführten Spenden juristischer Personen in vier Gruppen. Gruppe 1 umfasst Großspenden aus dem Kreis der einhundert größten deutschen Unternehmen (siehe Angaben in Tabelle 2). Gruppe 2 umfasst Groß-

²¹ *Monopolkommission, Wettbewerbspolitik im Schatten "nationaler Champions". Fünzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission, Baden-Baden 2004.*

spenden von in den Geschäftsberichten aufgeführten, aber nicht in die Gruppe der einhundert größten fallenden Unternehmen (siehe ebenfalls Tabelle 2). Großspenden von Verbänden – ebenfalls juristische Personen – fallen in Gruppe 3 (siehe weiter unten). Alle Spenden juristischer Personen, die in keine der genannten drei Gruppen fallen, unterschreiten die Transparenzhürde von 10.000 Euro und sind deshalb der Analyse nicht zugänglich.

Tabelle 2 zeigt, dass der Anteil an Spenden juristischer Personen, der auf Unternehmen aus dem Kreis der einhundert Größten entfällt, zwischen den Parteien auf interessante Weise variiert. Bereits diese Daten tragen Informationen über typische Muster der Spendertätigkeit von Unternehmen. Spenden juristische Personen an die SPD oder an die FDP, handelt es sich zu einem vergleichsweise hohen Anteil um Großunternehmen (20,1 Prozent bzw. 18,4 Prozent). Offenbar lautet die Perzeption der Wirtschaft, dass diese beiden Parteien ihre Wirtschaftspolitik am ehesten an den Bedürfnissen der großen Konzerne ausrichten. Dabei ist aber in Erinnerung zu rufen, dass die absoluten Spendenbeträge zwischen den Parteien enorm variieren; insgesamt fließt aus dem Kreis der Großunternehmen der mit Abstand höchste Spendenbetrag an die CDU (1,3 Mio. Euro).

Ausgesprochen hohe relative Anteile von Großspenden kleiner bis mittelgroßer Unternehmen zeigen sich für die CSU und die Grünen (26,4 Prozent bzw. 36,7 Prozent). Im Fall der CSU handelt es sich fast ausschließlich um Unternehmen bayerischer Herkunft. Die entsprechenden 1,9 Mio. Euro entfallen auf 21 unterschiedliche Unternehmen. Zwar fällt der Kreis der an die CDU spendenden kleinen bis mittelgroßen Unternehmen mit 49 größer aus. Wegen der geringeren Spendenbeträge pro Unternehmen kann die CDU dennoch lediglich 1,1 Mio. Euro aus diesem Kreis einsammeln. Ein bemerkenswertes Ergebnis sind auch die 36,7 Prozent an Unternehmensspenden, die bei den Grünen auf den Kreis der kleinen bis mittelgroßen Unternehmen entfallen. Auch in absoluten Zahlen ist diese Spendertätigkeit beachtlich, handelt es sich mit rund 387.000 Euro doch nur um eine geringfügig kleinere Summe als die 445.000 Euro, die aus dieser Gruppe von Unternehmen an die SPD fließt – und sogar um eine höhere Summe als jene für die FDP, auf die nur 234.000 Euro entfallen. Die Spenden oberhalb der Transparenzhürde von 10.000 Euro aus dem Kreis der kleinen bis mittelgroßen Unternehmen entfallen auf zwölf Firmen, von denen sich alle bis auf eine Ausnahme im Bereich der regenerativen Energien betätigen. Eine derartige Sektorspezifität liegt bei keiner anderen Partei vor. *(es folgt S. 300)*

Das Spendenverhalten der Großunternehmen im Jahr 2002: Variablen und Hypothesen

Gegenstand der folgenden Varianzanalyse sind die ausgewiesenen Großspenden aus dem Kreis der einhundert größten Unternehmen. Existieren Unternehmensmerkmale, die mit dem Spenderverhalten der Unternehmen systematisch kovariieren? Vier Variablengruppen werden auf derartige Zusammen-

hänge geprüft. Die erste umfasst Größe und Produktivität der Unternehmen. Zwei Überlegungen lassen vermuten, dass auch innerhalb der Gruppe der einhundert größten Unternehmen die Größten mehr Spenden als andere. Großen Unternehmen dürfte ein höherer Cashflow für Spenden zur Verfügung stehen als kleinen. Darüber hinaus kann vermutet werden, dass sich Unternehmen in einer Dilemmasituation finden, in der eigentlich alle oder zumindest mehrere Unternehmen mit ähnlichen Merkmalen von Parteispenden profitieren würden, es aber für jedes einzelne Unternehmen am besten wäre, es würden andere die Spenden tätigen. In diesem Fall wäre denkbar, dass die Größten „exemplarisch“ für andere handeln, während es kleinen Unternehmen leichter fallen dürfte, sich hinter der Spendertätigkeit anderer zu verstecken. Als Variable zur Messung der Unternehmensgröße steht die Wertschöpfung im Inland (Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt) zur Verfügung.

Die Wertschöpfung sagt noch nichts über die Beschäftigungs- versus Kapitalintensität der Unternehmen aus. Diese wird in einer zweiten Variable gemessen, die sich aus der Wertschöpfung pro Beschäftigtem ergibt. Je höher diese Maßzahl, umso produktiver und (im Trend) kapitalintensiver die Wertschöpfung. Sowohl in der internationalen Diskussion als auch in der Debatte über das politische Verhalten der Unternehmen in der Spätphase der Weimarer Republik wurden insbesondere beschäftigungsintensiven, vergleichsweise niedrig produktiven Industrieunternehmen Tendenzen zur Unterstützung eher rechtsgerichteter Gruppierungen zugesprochen.²²

Eine zweite Gruppe von Variablen bezieht sich auf die Eigentümerstrukturen der Unternehmen. Sie trägt der Tatsache Rechnung, dass Unternehmen Politikarenen widerstreitender Interessen sind. In der Regel sind die Manager der Unternehmen nicht zugleich deren Eigentümer und verfolgen Interessen, von denen nicht ohne weiteres angenommen werden kann, dass sie mit denen der Eigentümer kongruent sind.²³ Ist ein Interesse an Parteispenden eher auf Ebene der Manager oder der Eigentümer zu verorten? Und gibt es Eigentümergruppen, die Parteispenden besonders wohlwollend oder abweisend gegenüber stehen? Der autonome Handlungsspielraum der Führungskräfte ist besonders ausgeprägt, wo sich Unternehmen zu großen Teilen oder gänzlich in Streubesitz befinden. Gespendete Finanzen gehen nicht auf das (Gehalts-)Konto der Manager, sondern auf das der Eigentümer. Die Erwartung lautet deshalb, dass die Bereitschaft zu Parteispenden in managerbeherrschten Unternehmen besonders ausgeprägt ist.

Vier weitere Variablen bilden unterschiedliche Gruppen von Großaktionären ab: Erstens die Gruppe der privaten Großaktionäre, Familien und Stiftungen; zweitens die öffentliche Hand (Bund, Länder und Kommunen); drittens ausländische Einzelaktionäre; und (*es folgt S. 301*) viertens andere Unter-

²² Val Burris/James Salt, a.a.O., S. 342-347; Rudolf Hilferding, Politische Probleme. Zum Aufruf Wirths und zur Rede Silverbergs, in: Die Gesellschaft, 3. Jg. (1926), H. 2, S. 289-302.

²³ Adolph A. Berle/Gardiner C. Means, The Modern Corporation and Private Property, New York 1932; Michael C. Jensen/William H. Meckling, Theory of the Firm: Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure, in: Journal of Financial Economics, 3. Jg. (1976), H. 3, S. 305-360.

nehmen aus dem Kreis der einhundert Größten.²⁴ Mit Ausnahme der öffentlichen Hand lautet die Erwartung, dass diese Gruppen bremsend auf die Bereitschaft einwirken, Parteispenden zu tätigen. Im Fall der ausländischen Großaktionäre – in der Regel: ausländische Großunternehmen – dürfte die Bereitschaft zu Spenden an deutsche Parteien besonders gering ausgeprägt sein.²⁵ Im Hinblick auf die öffentliche Hand fallen die Erwartungen widersprüchlich aus. Die Staatsnähe von Unternehmen, die sich zum Teil oder gänzlich in öffentlichem Eigentum befinden, dürfte die Bereitschaft zu Parteispenden fördern, zumal diese Unternehmen besonders unmittelbar von politischen Entscheidungen – vor allem auch: Privatisierungsprozessen – betroffen sind. Gerade diese Staatsnähe beherbergt allerdings Interessenkonflikte, die Parteispenden durch Führungskräfte (teil-)öffentlicher Unternehmen eigentlich ausschließen sollten. Das am 1.7.2002 (genau zur Mitte des betrachteten Zeitraums) in Kraft getretene Änderungsgesetz zum Parteiengesetz schloss Unternehmen, die sich zu 25 Prozent oder mehr in öffentlichem Eigentum befinden, von Parteispenden aus (§25(2)5. PartG).

Die dritte Variablen­gruppe zielt auf das Ausmaß, in dem die betrachteten Unternehmen untereinander personell verflochten sind. Personelle Verflechtung meint, dass im Sample vertretene Unternehmen Mitglieder ihrer Vorstände in die Aufsichtsräte anderer Unternehmen aus dem Kreis der einhundert Größten entsenden. Dabei werden Fälle aktiver und passiver Personalverflechtung unterschieden. Die Variable „aktive Personalverflechtung“ misst die Anzahl der Aufsichtsräte, in die das jeweilige Unternehmen Mitglieder der Geschäftsführung entsandt hat. „Passive Personalverflechtung“ zielt hingegen auf die Aufsichtsräte der Verflechtungsempfänger: Je höher der Wert dieser Variable, umso mehr Mitglieder des jeweiligen Aufsichtsrats stammen aus den Vorständen anderer im Sample vertretener Unternehmen. Unternehmen können also gleichzeitig aktiv und passiv personell verflochten sein. In der Fachliteratur werden Verflechtungen als Akt der Koordination zwischen Großunternehmen interpretiert. Von diesen Unternehmen ist also in besonderem Maß zu erwarten, dass sie „stellvertretend“ für die deutsche Unternehmenslandschaft im Sinne eines aggregierten Sektoren- oder Klasseninteresses handeln. Die Bereitschaft zu Parteispenden, so legen auch Studien über amerikanische *campaign finance* nahe,²⁶ könnte bei diesen Unternehmen besonders ausgeprägt sein.

Die letzte Variablen­gruppe kontrolliert für die Sektorzugehörigkeit der Unternehmen und trägt der Möglichkeit Rechnung, dass sich unterschiedlich ausgeprägte Abhängigkeiten von politischen Ent-

²⁴ In Deutschland wird ein hoher Anteil der Aktien von Großunternehmen von anderen Großunternehmen gehalten, so dass ein (sich in den vergangenen Jahren zunehmend auflösendes) Unternehmensnetzwerk wechselseitiger Kapitalbeteiligungen entsteht. Siehe dazu *Jürgen Beyer*, *Managerherrschaft in Deutschland? "Corporate Governance" unter Verflechtungsbedingungen*, Opladen 1998; *Martin Höpner/Lothar Krempel*, *The Politics of the German Company Network*, in: *Competition and Change*, 8. Jg. (2004), H. 4, S. 339-346.; *Paul Win-dolf/Jürgen Beyer*, *Kooperativer Kapitalismus – Unternehmensverflechtungen im internationalen Vergleich*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 47. Jg. (1995), H. 1, S. 1-36.

²⁵ §25(2)3.c PartG verbietet Parteispenden ausländischer Spender ab der Höhe von 1.000 Euro. Inländische Unternehmen in ausländischer Eigentümerschaft bleiben von dieser Vorschrift allerdings unberührt.

²⁶ *Mark S. Mizruchi*, *What do Interlocks do? An Analysis, Critique, and Assessment of Research on Interlocking Directorates*, in: *Annual Review of Sociology*, 22. Jg. (1996), S. 271-298, hier S. 283-288.

scheidungen systematisch auf Ausmaß und Verteilung von Unternehmensspenden (*es folgt S. 302*) niederschlagen. Es wurden neun Dummy-Variablen für die wichtigsten im Sample vertretenen Sektoren gebildet: (1) Banken und Versicherungen (14 Unternehmen); (2) Automobilbau (7 Unternehmen); (3) Maschinen- und Anlagenbau (im weiteren Sinne) (18 Unternehmen); (4) Chemie und Pharma (9 Unternehmen); (5) Energie und Versorgung (11 Unternehmen); (6) Handel (8 Unternehmen); (7) Bauindustrie (3 Unternehmen); (8) Nahrungs-, Verbrauchs- und Konsumgüter (6 Unternehmen); (9) Personentransport (4 Unternehmen). Allerdings ist anzumerken, dass wegen uneindeutiger Sektorenabgrenzungen und der über Branchen gestreuten Aktivitäten vieler Unternehmen die Sektorzugehörigkeiten mitunter nicht eindeutig sind; stetige Daten zu den Produktpaletten der im Sample vertretenen Unternehmen liegen an dieser Stelle leider nicht vor.

Ein Modell zur Vorhersage von Parteispenden

Die bivariate Korrelationsanalyse in Tabelle 3 informiert zunächst über die Merkmale, entlang derer sich die Spenderunternehmen von den Nichtspendern unterscheiden. Im Gegensatz zur Regressionsanalyse (siehe unten) gibt sie allerdings keinen Aufschluss darüber, ob Zusammenhänge auf den selben oder unterschiedlichen Varianzanteilen beruhen; so wäre beispielsweise denkbar, dass eine signifikante Korrelation zwischen einem Merkmal der Eigentümerstruktur und dem Spenderverhalten nur deshalb zustande kommt, weil beide Merkmale von der Unternehmensgröße beeinflusst sind. In Tabelle 3 werden der Pearsonsche Korrelationskoeffizient r , die Signifikanz (p-Wert) und die Fallzahl angegeben. Zusammenhänge werden als signifikant verschieden von Null gewertet, wenn der p-Wert die Schwelle von 0,1 unterschreitet, die errechnete Irrtumswahrscheinlichkeit also unter zehn Prozent liegt.²⁷

Die Aufmerksamkeit soll zunächst ausschließlich den Gesamtspenden gelten. In Einklang mit den Erwartungen zeigt sich, dass die Spenderunternehmen überdurchschnittlich groß sind. Ebenfalls erwartungsgemäß ergibt sich eine signifikante, deutliche Korrelation zwischen Spendenintensität der Unternehmen und Anteil des Streubesitzes an der Eigentümerstruktur: Je größer die Autonomie der Führungskräfte gegenüber den Aktionären, desto höher die Spendenbereitschaft. Ein schwacher Zusammenhang mit negativem Vorzeichen ergibt sich, auch hier im Einklang mit den oben formulierten Erwartungen, zwischen Spenden und von Ausländern gehaltenen Aktienpaketen. Die mit Abstand stärkste, in dieser Höhe überraschende Korrelation ergibt sich allerdings zwischen Spendertätigkeit

²⁷ Im engeren Sinne dient die Inferenzstatistik dem Schluss von Stichproben auf Grundgesamtheiten. Es hat sich aber eingebürgert, Inferenzstatistik auch bei der Analyse von Grundgesamtheiten anzuwenden. Das gilt auch und besonders für den politikwissenschaftlichen Ländervergleich. Genau genommen dient die Inferenzstatistik dann nicht mehr der Erfassung der Irrtumswahrscheinlichkeit, sondern der Entscheidung darüber, ob – in Abhängigkeit einer gegebenen Fallzahl – ein statistischer Zusammenhang eine Stärke erreicht, der die Zurückweisung der Nullhypothese erlaubt. Sie liefert also eine Entscheidungshilfe darüber, ob ein „signifikant von Null verschiedener“ Zusammenhang vorliegt.

und aktiver Personalverflechtung ($r=.55$, $p=.000$, $n=100$). Die Bereitschaft zu Spenden an die Parteien ist also in hohem Ausmaß im Verflechtungszentrum des deutschen Kapitalismus zu verorten. Schwächere, aber signifikant von Null verschiedene Zusammenhänge zeigen sich darüber hinaus zwischen Parteispenden und der Zugehörigkeit (*es folgt S. 303 mit Tabelle 3 bis S. 304 oben*) zum Finanzsektor sowie zum Automobilsektor. Alle anderen Variablen erwirtschaften in der Korrelation mit den Parteispenden keine signifikanten Ergebnisse.

Der nachfolgende Analyseschritt (Tabelle 4) lässt ein unternehmensbezogenes Modell zur Vorhersage von Ausmaß und Verteilung von Parteispenden entstehen. Der Abgleich der Tabellen 3 und 4 (abhängige Variable: Spenden insgesamt) zeigt, dass zwei Variablen – Wertschöpfung und Streubesitz – in der Regressionslogik die Hürde von $p<.100$ verfehlen. Die signifikanten Ergebnisse in Tabelle 3 waren vor allem der Tatsache geschuldet, dass Unternehmen, die Vorstandsmitglieder in die Aufsichtsräte anderer Unternehmen entsenden, in der Regel besonders große Unternehmen mit überdurchschnittlichem Streubesitz sind. Die Schubkräfte hoher Parteispenden sind demnach vor allem die personelle Verflochtenheit der Unternehmen und die Zugehörigkeiten zu zwei Sektoren, dem Automobilbau und der Gruppe der Banken und Versicherungen. Ein schwach signifikantes Ergebnis mit positivem Vorzeichen ergibt sich außerdem für den Anteil der Eigentümerstruktur, der auf Familien, Stiftungen und Einzelpersonen entfällt.

Der Vorzug dieses Vorhersagemodells ist, dass sich die Regressionskoeffizienten unmittelbar und plastisch interpretieren lassen. Für jedes Vorstandsmitglied, das ein Unternehmen in den Aufsichtsrat eines anderen Großunternehmens entsendet, dürfen wir – im Vergleich zu nicht verflochtenen Unternehmen – um etwa 21.000 Euro höhere Parteispenden erwarten, die das Unternehmen wie folgt verteilen wird: 5.000 Euro an die SPD, 10.000 Euro an CDU und CSU, 2.000 Euro an die Grünen und 4.000 Euro an die FDP.²⁸ Gehört ein Unternehmen zum Finanzsektor, wird es – dem Modell zufolge – im Vergleich zu Unternehmen außerhalb des Finanzsektors etwa 67.000 Euro mehr spenden und folgendermaßen verteilen: 7.000 Euro an die SPD, 47.000 Euro an CDU und CSU, 3.000 Euro an die Grünen und 9.000 Euro an die FDP.²⁹ Die Zugehörigkeit zum Automobilsektor lässt sogar um etwa 106.000 Euro höhere Spenden erwarten, die im Vergleich zu den Spenden des Finanzsektors wesentlich gleichmäßiger auf die politischen Lager verteilt werden: 38.000 Euro an die SPD, 49.000 Euro an CDU und CSU, 7.000 Euro an die Grünen und 12.000 Euro an die FDP. Die entscheidende Forschungsfrage (*es folgt S. 305 mit Tabelle 4, dann S. 306*) dieses Beitrags ist damit beantwortet: Spender und Nichtspender verteilen sich nicht zufällig über große deutsche Unternehmen. Statt dessen existieren überzufällige Muster, die in Kenntnis der Strukturmerkmale der Unternehmen vorhersagen las-

²⁸ Die Summe der Regressionskoeffizienten für die einzelnen Parteien ergibt bei jeder Variable den Regressionskoeffizienten für die Spenden insgesamt (Gleichung 1).

²⁹ Diskrepanz durch Rundung der Beträge.

sen, ob sie spenden oder nicht – und darüber hinaus, wie sie ihre Spenden mit hoher Wahrscheinlichkeit an die Parteien verteilen werden.

Wie steht es mit der anderen Forschungsfrage: Lassen sich im Kreis der 100 größten deutschen Unternehmen Lager mit unterschiedlichen Parteienpräferenzen unterscheiden? Zunächst ist festzustellen, dass die deutsche Unternehmenslandschaft nicht in SPD-Spender und CDU/CSU-Spender zerfällt. Ein Unternehmen, das Parteispenden an die SPD leistet, spendet mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch an CDU und CSU. In der Tat existierten im Jahr 2002 unter den einhundert größten Unternehmen lediglich zwei, die an die SPD, aber nicht an das bürgerliche Lager spendeten: Bertelsmann (Verlag) und die EADS-Gruppe (Luftfahrt und Raumtechnik, vor allem: Airbus). Dem stehen vier Unternehmen gegenüber, die ausschließlich an das Lager von CDU/CSU und FDP Spenden vergaben: die Deutsche Bank, die ABB-Gruppe (Energie- und Automationstechnik), Altana (Chemie und Pharma) sowie die Beratungsgesellschaft KPMG. In zwei Fällen – Deutsche Bank und Altana – handelte es sich dabei um bemerkenswert hohe Spenden.³⁰ Parteispenden, die ausschließlich einem der politischen Lager zukommen, sind also die Ausnahme. Die Unternehmen teilen sich nicht in ein sozialdemokratisches und ein bürgerliches Lager, sondern in ein Lager der Spender und eines der Nichtspender.

Fragt man allerdings danach, wie die Spenden verteilt werden, ergeben sich Muster in Abhängigkeit der Strukturmerkmale der Unternehmen (siehe Tabellen 3 und 4). Grundsätzlich gilt, dass die Großunternehmen einen Großteil ihrer Spenden auf das bürgerliche Lager konzentrieren (Tabelle 2). Um diesen Trend streuen Varianzen entlang der Merkmale Größe, Eigentümerstruktur und Sektorzugehörigkeit. SPD und Grüne profitieren davon, dass die Automobilunternehmen ihre Spenden vergleichsweise gleichförmig über die politischen Lager verteilen. CDU und CSU erlangen Vorteile durch ihre Bevorzugung durch die Banken und Versicherungen. Bei den Grünen fällt auf, dass sie von den Unternehmen mit besonders hoher Wertschöpfung weniger erhalten, als man es bei einer Gleichverteilung der Spenden erwarten würde. Die FDP erweist sich bei Unternehmen als besonders beliebt, in denen Einzelpersonen, Familien und Stiftungen als Großaktionäre vertreten sind. Dass die Konzentration des Aktienbesitzes bei solchen Eigentümern einen steigernden Einfluss auf die Spendenbereitschaft ausüben würde, wurde bei der Formulierung der Hypothesen nicht erwartet. Befindet sich ein Unternehmen zu einhundert Prozent in Familien-, Einzel- oder Stiftungsbesitz – wie zum Beispiel Bosch (Haushalts- und Industrietechnik), Miele (Haushaltsgeräte), Haniel (Baustoffe u.a.) und viele andere –, dann ist im Vergleich zu anderen Eigentumsformen mit höheren Spenden von etwa 47.000 Euro zu rechnen. Davon gehen immerhin rund 18.000 Euro an die FDP. Die SPD erhält hingegen nur 5.000 Euro, CDU und CSU 25.000 Euro, während die Bereitschaft, an die Grünen zu spenden, bei diesen

³⁰ Die Deutsche Bank spendete 311.265 Euro an CDU und CSU sowie 50.000 Euro an die FDP; Altana spendete 220.000 Euro an die CDU und 25.000 Euro an die FDP.

Unternehmen sogar unterdurchschnittlich ausgeprägt ist (die Spendenbereitschaft sinkt um etwa 100 Euro).³¹ (*es folgt S. 307*)

Die Spenden der Arbeitgeberverbände

Die nachfolgenden Hinweise verlassen das Gebiet der Spendertätigkeit der Unternehmen im engeren Sinne. Die Diskussion der Parteispenden juristischer Personen wäre unvollständig, würde nicht darauf hingewiesen, dass auch die Arbeitgeber- und Industrieverbände – und damit letztlich die Unternehmen, die Mitglieder der Verbände sind – Parteispenden in beträchtlichem Umfang leisten. In den Rechenschaftsberichten der Parteien für das Jahr 2002 werden Spenden von 15 Arbeitgeber- und Industrieverbänden angegeben, deren Höhe insgesamt rund 2,6 Millionen Euro beträgt. Diese Summe entspricht immerhin 79,3 Prozent der Großspenden, die im selben Jahr aus dem Kreis der einhundert größten deutschen Unternehmen direkt getätigt wurden. Elf der 15 Verbände sind Arbeitgeberverbände, lediglich vier sind Industrieverbände. Weil auf diese vier Industrieverbände nur 3,7 Prozent der Gesamtspenden der Arbeitgeber- und Industrieverbände entfallen, werden in Tabelle 5 ausschließlich die Arbeitgeberverbände berücksichtigt.

(Tabelle 5 ungefähr hier)

Sowohl die Verteilung der Spenden über die unterschiedlichen Arbeitgeberverbände als auch die Verteilung an die Parteien sind bemerkenswert. Mit 1,8 Millionen Euro entfallen 73,3 Prozent aller Parteispenden von Arbeitgeberverbänden auf die Metall- und Elektroindustrie. Bereits oben wurde gezeigt, dass ein überdurchschnittlicher Teil der Unternehmensspenden aus dem Automobilbau stammt, der in den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie organisiert ist. Anders als bei den Spenden der Automobilunternehmen weisen die Spenden der Untergliederungen von Gesamtmetall allerdings keine annähernd gleiche Verteilung über die politischen Lager auf. Ganz im Gegenteil: Nur 2,2 Prozent der Spenden dieser Sparte gehen an die SPD, 3,3 Prozent an die Grünen, aber 14,6 Prozent an die FDP, 17,4 Prozent an die CDU und 62,2 Prozent an die CSU.

Der hohe Spendenbetrag im Fall der CSU ist vor allem dem Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie geschuldet. Dieser war wegen seiner außergewöhnlichen Spendenpraxis immer wieder in die Schlagzeilen geraten. Aus Anlass ähnlich hoher Spenden im Wahljahr 2005 erklärte Verbandssprecherin *Katja Schlendorf*, es handle sich um einen „ganz normalen Vorgang“, der Verband spende „stets nach dem politischen Gewicht der Parteien in Bayern“.³² Man trage „zur demokratischen

³¹ Diskrepanz durch Rundung der Beträge.

³² Siehe z.B. Spiegel 35/2005 vom 29.8.2005, S. 21.

Willensbildung in Bayern bei“, hieß es dazu in einer schriftlichen Erklärung des Verbands.³³ Derart massive Verzerrungen organisatorisch-politischer Kräfteverhältnisse durch Großspenden werfen die Frage (*es folgt S. 308*) auf, ob nicht – wenn denn Spenden juristischer Personen legal sein sollen – eine Deckelung bei 20.000 Euro oder 100.000 Euro, wie beispielsweise von *Ulrich von Alemann* in der „Kommission unabhängiger Sachverständiger zu Fragen der Parteienfinanzierung“ vertreten, tatsächlich angebracht erscheint. Erstaunlich ist zudem – gerade angesichts der Verlautbarung, der Verband spende stets gemäß dem politischen Gewicht der Parteien in Bayern – der Umstand, dass die Grünen vom bayerischen Metallarbeitgeberverband im Wahljahr 2002 40.000 Euro erhielten, die SPD aber nur 20.000 Euro. Bereits im Jahr 2000 hatten sich die Grünen verwundert darüber gezeigt, von dem bayerischen Verband eine Großspende in Höhe von 25.000 DM erhalten zu haben.³⁴

Auf zwei Untergliederungen des Arbeitgeberverbands der chemischen Industrie entfallen mit einer Gesamtsumme von rund 470.000 Euro weitere 18,9 Prozent aller Spenden der Arbeitgeberverbände. Die Verteilung auf die Parteien unterscheidet sich nur unwesentlich von der in der Metallindustrie (abgesehen von der Verteilung zwischen CDU und CSU): Die SPD erhält 8,5 Prozent der Spenden, die FDP 20,7 Prozent, die CSU 21,7 Prozent und die CDU 49,1 Prozent; nicht verwundern sollte, dass aus der chemischen Industrie keine Spenden an die Grünen fließen. Alle anderen Arbeitgeberverbände spenden etwa 194.000 Euro, die ausschließlich an das bürgerliche Lager gehen.

Kritisch ist zu hinterfragen, ob Unternehmen nach dem Geist des Gesetzes nicht anzuhalten wären, ihre Spenden direkt an die Parteien zu leisten. Nicht abwegig ist, den Umweg über die Verbände als legale Umgehung des Transparenzerfordernisses anzusehen,³⁵ vergleichbar mit der „Bayerischen Staatsbürgerlichen Vereinigung“ und Ablegern in anderen Bundesländern, über die Großunternehmen dem bürgerlichen Lager bis in die 2000er Jahre hinein hohe Spendenbeträge zukommen ließen.³⁶ Allerdings zeigt die abweichende Verteilung der Spenden auf die Parteien, dass Spenden der Arbeitgeberverbände etwas anderes sind als nur Unternehmensspenden unter Wahrung der Anonymität der Spender. Unternehmensleitungen haben multiple Interessen, die partiell in Widerspruch zueinander geraten können: Interessen gegenüber den Anteilseignern, absatzbezogene Interessen, tarifpolitische Interessen, steuerpolitische Interessen gegenüber dem Gesetzgeber usw. Die Analyse macht deutlich, dass auf Ebene der Verbände andere politische Interessen zum Tragen kommen als auf Unternehmensebene.

³³ taz vom 14.9.2005, S. 6.

³⁴ Süddeutsche Zeitung vom 21.3.2001, S. 40.

³⁵ So argumentiert zum Beispiel *IG Metall*, 2005: *Parteispenden von Unternehmen und Verbänden 2003 bis 2005*, Berlin: Industriegewerkschaft Metall, S.3.

³⁶ Dazu *Klaus von Beyme*, *Parteien im Wandel*, a.a.O., S. 131; *Christine Landfried*, *Parteienfinanzen und politische Macht*, a.a.O., S. 33-35. Zu vermuten ist, dass die Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung ihre Aktivitäten eingestellt hat, nachdem sie in Zusammenhang mit der CDU-Spendenaffäre mehrfach in die Presse geraten war. Siehe etwa Süddeutsche Zeitung vom 16.3.200, S. 46; Spiegel vom 11.6.2001, S. 18.

Ergänzend sei angemerkt, dass sich das Bild einer besonders ausgeprägten politischen Betätigung der Unternehmen des Metallsektors noch verstärkt, wenn neben den Parteispenden auch die im Oktober 2000 gegründete „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ berücksichtigt wird. Bis Mitte 2005 wurde die Initiative ausschließlich vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall finanziert, wobei die Mittel mit jährlich 8,8 Millionen Euro (nach Steuern) angegeben werden.³⁷ Zum Vergleich: Die Parteispenden der Mitgliedsverbände von (*es folgt S. 309*) Gesamtmetall betragen im Jahr 2002 lediglich rund 1,8 Mio. Euro. Die Aktivitäten der Initiative umfassen alle Arten politischer Kampagnen, so zum Beispiel Anzeigen, Plakataktionen, Sponsoring von Vorträgen, Zeitschriftenbeiträgen usw.³⁸ In der Öffentlichkeit wurde insbesondere die Strategie der Stiftung kritisch diskutiert, Meinungsbeiträge ohne Kennzeichnung als Anzeigen im Zuge so genannter „Medienpartnerschaften“ gezielt in den Medien unterzubringen und damit eine Verwischung der Grenze zwischen unabhängigem Journalismus und politischer PR herbeizuführen. Auch in den Wahljahren brachte sich die Initiative unter hohem Aufwand in die öffentliche Debatte ein und vertrat Inhalte, die (in expliziter Form nie erfolgten) Wahlausrufen für CDU, CSU und FDP nahe kamen.

Fazit: Die zwei Logiken von Parteispenden

Im Zentrum des Beitrags stand eine Analyse der Parteispenden juristischer Personen im Wahljahr 2002. Verbandsspenden fließen fast ausschließlich an das bürgerliche Lager aus CDU, CSU und FDP (unter starker Begünstigung der CSU). Bei der Analyse der Unternehmensspenden wurde zwischen Unternehmen in- und außerhalb der Gruppe der einhundert größten Unternehmen differenziert. Die relative Bedeutung der Spenden von Unternehmen außerhalb der einhundert Größten ist besonders bei der CSU und den Grünen hoch, wobei die CSU besonders von bayerischen klein- bis mittelgroßen Unternehmen, die Grünen von Unternehmen zur Erzeugung regenerativer Energien Finanzen erhalten. Die einhundert größten deutschen Unternehmen leisteten im Wahljahr 2002 Großspenden von etwa 3,3 Millionen Euro an die im Bundestag vertretenen Parteien, von denen CDU und CSU 55,8 Prozent, die SPD 22,1 Prozent, die FDP 17,7 Prozent, die Grünen 4,4 Prozent und die PDS keine Spenden erhielten. Es wurde gezeigt, dass die Mehrzahl der Spenderunternehmen lagerübergreifend, wenn auch asymmetrisch über die politischen Lager verteilt, spendet. Die deutsche Unternehmenslandschaft zerfällt nicht in ein „linkes“ und ein „bürgerliches“ Lager, sondern in Spender und Nichtspender. Darüber hinaus variiert das Spendenverhalten entlang von Strukturmerkmalen der Unternehmen, vor allem der Zugehörigkeit zum Kern des als „Deutschland AG“ bezeichneten Verflechtungsnetzwerks, der Sektorenzugehörigkeit und der Eigentümerstruktur.

³⁷ http://www.chancenfueralle.de/Die_Initiative.html;jsessionid=8CEA6130D2244C720A00D1359802685A (Website aufgerufen am 23.9.2005).

³⁸ Rudolf Speth, 2004: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Düsseldorf (Brochure).

Offenbar existieren zwei Logiken des Spendenverhaltens. Die eine zielt auf die Begünstigung eines politischen Lagers gegenüber dem anderen, die andere auf parteiübergreifende politischer Landschaftspflege. Der häufigste Fall sind Mischformen, die sich zwischen diesen beiden Polen ansiedeln. Dass aus den Unternehmen in der Summe mehr Geld an das bürgerliche Lager fließt, sollte nicht verwundern, waren doch in der Frühphase der Bundesrepublik CDU/CSU und FDP Garanten einer auf Privateigentum beruhenden Wirtschaftsordnung. Zwar ebnete das Godesberger Programm der SPD von 1959 diese Unterschiede ein. Im Verteilungskampf zwischen Arbeit und Kapital blieb aber die SPD die Partei mit der größeren Gewerkschaftsnähe. Die besonders zielgenau an das bürgerliche Lager gerichteten Spenden des Finanzsektors mögen vor allem Diskussionen der siebziger Jahre über die „Macht der Banken“ geschuldet sein, in deren Verlauf die Sozialdemokratie vergeblich versuchte, Wettbewerb in den ihrer Ansicht nach kartellartig organisierten Bankensektor zu tragen. Ende der siebziger Jahre empfahl eine von der sozialliberalen (*es folgt S. 310*) Regierung eingesetzte Kommission, Banken Industriebesitz oberhalb der Höhe von 25 Prozent der Eigentumstitel zu untersagen.³⁹ Ob die historische Feindschaft zwischen Banken und Sozialdemokratie noch eine Entsprechung in der Wirklichkeit hat, ist allerdings eine andere Frage: In dem Maße, wie sich das deutsche Industrienetzwerk auflöst und Banken sich aus den engen „Hausbank“-Beziehungen zu deutschen Industrieunternehmen zu lösen suchen – eben jene engen Beziehungen, die Gewerkschaften und Sozialdemokratie stets ein Dorn im Auge waren⁴⁰ – erweisen sich die Bedürfnisse des Finanzsektors als zunehmend kongruent mit sozialdemokratischen Vorstellungen, während es in den vergangenen anderthalb Dekaden eher die Unionsparteien geneigt waren, die kapitalseitige Organisiertheit des „rheinischen Kapitalismus“⁴¹ zu erhalten.

Jeder wirtschaftlich tätigen Organisation kann nachgesagt werden, auf günstige Entscheidungen der Politik angewiesen zu sein. Es ergeben sich aber Unterschiede dahingehend, in welchem Ausmaß der Absatz von Produkten von politischen Rahmenbedingungen abhängig ist. In diesem Sinne sind Automobilunternehmen stärker auf eine autofreundliche Tagespolitik angewiesen als – ein absurdes Beispiel, um den Unterschied zu veranschaulichen – die Firma Miele auf eine waschmaschinenfreundliche Politik. So mag sich die Bereitschaft der Automobilunternehmen zu hohen, gleichmäßig über die politischen Lager verteilten Parteispenden erklären. Im Gegensatz zu Unternehmen liegt das Hauptaugenmerk der Arbeitgeberverbände nicht auf absatzbezogener Regulierung, sondern auf den Feldern Arbeitsrecht, Tarif- und Sozialpolitik. Und in diesen Bereichen fällt der Wirtschaft die Entscheidung offenbar leicht: ihre Unterstützung gehört dem bürgerlichen Lager.

³⁹ *Studienkommission Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft*, Bericht der Studienkommission Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft, Bonn 1979.

⁴⁰ *Martin Höpner*, 2004: *Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus, 1880-2002*, MPIfG Discussion Paper 2004/10, Köln.

⁴¹ *Michel Albert*, *Kapitalismus contra Kapitalismus*. Aus dem Französischen von Hans Kray, Frankfurt/New York 1992.

Gelingt es den Unternehmen, mit ihren Spenden an die Parteien – in den Worten von *Christine Landfried* – eine systematische „politische Rendite“ zu erzielen? Eine seriöse Antwort auf diese Frage wäre nur möglich, wenn sich beobachten ließe, wie sich Parteien und Politiker in der Politischen Ökonomie der Bundesrepublik ohne Parteispenden verhalten hätten. Weil das nicht möglich ist, bleibt nur die Feststellung, dass eine besondere Fokussierung der Politik auf Sektoren und Unternehmensarten, aus denen Spenden hervorgehen, zumindest nicht unplausibel erscheint. Der Automobilbau ist neben dem Maschinenbau ein Kernsektor der deutschen Wirtschaft, und die Exporterfolge des erstgenannten Sektors beruhen nicht zuletzt auf einer dezidiert automobilfreundlichen Politik und auf aktiver Exportförderung. Und der Verflechtungskern des deutschen Unternehmensnetzwerks zeichnete sich von jeher durch eine besondere Nähe zur Politik aus. Trotz liberaler und linker Kritik an den Unternehmensverflechtungen unterblieb in der Geschichte der Bundesrepublik bis heute ein Verbot von Querverflechtungen ab einer zu definierenden Höhe (etwa: ab 10 Prozent des Aktienbestands). Selbst die seit den neunziger Jahren in Gang befindliche Entflechtung der „Deutschland AG“ beruht nicht auf wettbewerbspolitischen Maßnahmen, sondern auf veränderten Präferenzen der Repräsentanten des Verflechtungskerns. Sie wurde zudem von einem einzigartigen (*es folgt S. 311*) Steuergeschenk, der Steuerfreistellung von Gewinnen aus Beteiligungsverkäufen bei Aktiengesellschaften, begünstigt.

Und die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, in die der Arbeitgeberverband Gesamtmetall jährlich 8,8 Millionen Euro investiert? Ihre massive Einmischung in den Bundestagswahlkampf 2005 muss als gescheitert angesehen werden. Es zeigte sich, dass die öffentlichen Vorbehalte gegen dezidiert neoliberale wirtschafts- und sozialpolitische Lösungen größer waren als von den Finanzgebern erhofft. Nicht gescheitert ist die Initiative allerdings in dem Bestreben, Verbündete in allen Parteien, insbesondere aber in der Wirtschaftspresse zu finden. Formen politischer Einflussnahme der Wirtschaft sind ein Gegenstand des Wandels über die Zeit. Möglicherweise geht die Bedeutung von Parteispenden im Vergleich zu alternativen Formen politischer Betätigung wie der PR-Arbeit der „Stiftung Neue Soziale Marktwirtschaft“ zurück. Das ändert freilich nichts daran, dass die Parteispenden zur Finanzierung der Wahlkämpfe der Parteien von enormer Bedeutung bleiben.

(letzter Abschnitt nicht im original erschienen)

Anhang: Definitionen und Quellen der Variablen

Spenden insgesamt: Summe der Großspenden in Euro, die das jeweilige Unternehmen im Bezugsjahr 2002 den Parteien SPD, CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Grüne zukommen ließ. Erfasst werden alle Spenden oberhalb der im Parteiengesetz festgeschriebenen Transparenzhürde von 10.000 Euro. Spenden an die Dresdner Bank wurden der Allianz zugeschlagen (Übernahme der Dresdner Bank durch die Allianz am 23.6.2001). Eigene Berechnung. Datenquelle: Rechenschaftsberichte der Parteien über das Jahr 2002. n=100.

Spenden an die SPD: Summe der Großspenden in Euro, die das jeweilige Unternehmen im Bezugsjahr 2002 der SPD zukommen ließ. Siehe Variablenbeschreibung „Spenden insgesamt“. Eigene Berechnung. Datenquelle: Rechenschaftsberichte der Parteien über das Jahr 2002. n=100.

Spenden an die CDU/CSU: Summe der Großspenden in Euro, die das jeweilige Unternehmen im Bezugsjahr 2002 der CDU oder der CSU zukommen ließ. Siehe Variablenbeschreibung „Spenden insgesamt“. Eigene Berechnung. Datenquelle: Rechenschaftsberichte der Parteien über das Jahr 2002. n=100.

Spenden an die Grünen: Summe der Großspenden in Euro, die das jeweilige Unternehmen im Bezugsjahr 2002 der Partei Bündnis 90/Grüne zukommen ließ. Siehe Variablenbeschreibung „Spenden insgesamt“. Eigene Berechnung. Datenquelle: Rechenschaftsberichte der Parteien über das Jahr 2002. n=100.

Spenden an die FDP: Summe der Großspenden in Euro, die das jeweilige Unternehmen im Bezugsjahr 2002 der FDP zukommen ließ. Siehe Variablenbeschreibung „Spenden insgesamt“. Eigene Berechnung. Datenquelle: Rechenschaftsberichte der Parteien über das Jahr 2002. n=100.

Wertschöpfung im Inland: Angaben in Mio. Euro. Bezugsjahr: 2002. Datenquelle: Monopolkommission (2004: 217-224). n=100.

Wertschöpfung pro Beschäftigtem (Produktivität): Quotient aus Wertschöpfung im Inland (in Mio. Euro) und Anzahl der Beschäftigten im Inland (eigene Berechnung). Bezugsjahr: 2002. Datenquelle: Monopolkommission (2004: 217-224). n=100.

Anteil des Streubesitzes an der Eigentümerstruktur: Anteil der breit gestreuten Aktien an den Eigentumstiteln des Unternehmens. Bezugsjahr: 2002. Datenquelle: Monopolkommission (2004: 257-265). n=97 (keine Angaben zur Debeka-Gruppe, zur Hamburger Sparkasse, zur Signal-Iduna-Gruppe).

Anteil der öffentlichen Hand an der Eigentümerstruktur (alle Gebietskörperschaften): Anteil an den Eigentumstiteln des Unternehmens, der von Gebietskörperschaften gehalten wird. Bezugsjahr: 2002. Datenquelle: Monopolkommission (2004: 257-265). n=97 (keine Angaben zur Debeka-Gruppe, zur Hamburger Sparkasse, zur Signal-Iduna-Gruppe).

Anteil des ausländischen Einzelbesitzes an der Eigentümerstruktur: Anteil an den Eigentumstiteln des Unternehmens, der von ausländischen Großaktionären (nicht: Streubesitzanlegern) gehalten wird. Bezugsjahr: 2002. Datenquelle: Monopolkommission (2004: 257-265). n=97 (keine Angaben zur Debeka-Gruppe, zur Hamburger Sparkasse, zur Signal-Iduna-Gruppe).

Anteil von Eigentümern aus dem Kreis der einhundert größten Unternehmen an der Eigentümerstruktur: Anteil an den Eigentumstiteln des Unternehmens, der von im Sample vertretenen Großunternehmen gehalten wird. Bezugsjahr: 2002. Datenquelle: Monopolkommission (2004: 257-265). n=97 (keine Angaben zur Debeka-Gruppe, zur Hamburger Sparkasse, zur Signal-Iduna-Gruppe).

Aktive Personalverflechtung: Anzahl der Unternehmen in der Gruppe der einhundert Größten, in deren Kontrollorgane das jeweilige Unternehmen Mitglieder der Geschäftsführung entsandt hat. Datenquelle: Monopolkommission (2004: 275-283). n=100.

Passive Personalverflechtung: Anzahl der Unternehmen aus der Gruppe der einhundert Größten, die Mitglieder ihrer Geschäftsführung in das Kontrollorgan des jeweiligen Unternehmens entsandt haben. Datenquelle: Monopolkommission (2004: 275-283). n=100.

Sektorzugehörigkeit: Neun Dummy-Variablen zur Zugehörigkeit zu folgenden Wirtschaftssektoren: (1) Banken und Versicherungen; (2) Automobilbau; (3) Maschinen- und Anlagenbau; (4) Chemie und Pharma; (5) Energie und Versorgung; (6) Handel; (7) Bauindustrie; (8) Nahrungs-, Verbrauchs- und Konsumgüter; (9) Personentransport. 1=Unternehmen gehört dem jeweiligen Sektor an,

0=Unternehmen gehört dem Sektor nicht an. Eigene Klassifizierung. Für alle neun Variablen gilt: n=100.

Tabelle 1: Einnahmen der Parteien nach Einnahmearten im Jahr 2002 (in tsd. EUR und in Prozent der Gesamteinnahmen)						
	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	PDS
Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	78.275 (49,3 %)	57.948 (40,9%)	13.358 (28,9%)	6.264 (19,9%)	9.311 (35,4%)	10.411 (47,5%)
Spenden von natürlichen Personen	13.894 (8,8%)	20.847 (14,7%)	11.592 (25,2%)	10.602 (33,6%)	4.227 (16,1%)	3.698 (16,9%)
Spenden von juristischen Personen	3.440 (2,2%)	9.606 (6,8%)	7.280 (15,8%)	3.142 (10,0%)	1.055 (4,0%)	52 (0,2%)
Einnahmen aus Vermögen	10.508 (6,6%)	3.531 (2,5%)	479 (1,0%)	1.098 (3,5%)	303 (1,2%)	216 (1,0%)
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit der Partei	2.057 (1,3%)	2.679 (1,9%)	1.265 (2,8%)	377 (1,2%)	1.975 (7,5%)	117 (0,5%)
Staatliche Mittel	48.871 (30,8%)	43.602 (30,8%)	11.916 (25,9%)	8.299 (26,3%)	8.705 (33,1%)	7.171 (32,7%)
Sonstiges	1.728 (1,1%)	3.378 (2,4%)	191 (0,4%)	1.759 (5,6%)	758 (2,9%)	249 (1,1%)
Summe	158.773 (100,0%)	141.591 (100,0%)	46.081 (100,0%)	31.541 (100,0%)	26.334 (100,0%)	21.914 (100,0%)
Datenquellen: Rechenschaftsberichte der Parteien über das Jahr 2002						

Tabelle 2: Einnahmen aus Spenden juristischer Personen im Jahr 2002 (unterschiedliche Bezugsgrößen)						
	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	PDS
Spenden juristischer Personen in tsd. EUR (in Klammern: in Prozent der Gesamteinnahmen)	3.440 (2,2%)	9.606 (6,8%)	7.280 (15,8%)	3.142 (10,0%)	1.055 (4,0%)	52 (0,2%)
Spenden juristischer Personen pro Zweitstimme im Jahr 2002 in EUR	0,18	0,68	1,69	0,89	0,26	0,03
Großspenden aus dem Kreis der 100 größten Unternehmen in tsd. EUR (in Klammern: in Prozent der gesamten Spenden juristischer Personen)	719 (20,1%)	1.305 (13,6%)	513 (7,0%)	577 (18,4%)	144 (13,6%)	0 (0,0%)
Großspenden von Unternehmen außerhalb des Kreises der 100 größten Unternehmen in tsd. EUR (in Klammern: in Prozent der gesamten Spenden juristischer Personen)	445 (12,9%)	1.145 (11,9%)	1.924 (26,4%)	234 (7,4%)	387 (36,7%)	0 (0,0%)
Anzahl der Großspender aus dem Kreis der 100 größten Unternehmen	13	15	9	11	6	0
Anzahl der Großspender außerhalb des Kreises der 100 größten Unternehmen	11	50	21	10	12	0
Großspenden sind definiert als Spenden oberhalb der Transparenzgrenze von 10.000 EUR. Datenquellen: Rechenschaftsberichte der Parteien über das Jahr 2002; Hauptgutachten der Monopolkommission aus dem Jahr 2004; Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.						

**Tabelle 3: Parteispenden und Strukturmerkmale der Unternehmen im Jahr 2002:
Bivariate Korrelationen**

	Spenden insgesamt	Spenden an die SPD	Spenden an CDU/CSU	Spenden an die Grünen	Spenden an die FDP
Wertschöpfung im Inland	r=.31 p=.002 n=100	r=.37 p=.000 n=100	r=.25 p=.012 n=100	r=.20 p=.044 n=100	r=.25 p=.012 n=100
Wertschöpfung pro Beschäftigtem (Produktivität)	r=-.04 p=.680 n=100	r=-.07 p=.488 n=100	r=-.01 p=.940 n=100	r=-.08 p=.413 n=100	r=-.06 p=.540 n=100
Anteil des Streubesitzes an der Eigentümerstruktur	r=.37 p=.000 n=97	r=.31 p=.002 n=97	r=.38 p=.000 n=97	r=.31 p=.002 n=97	r=.20 p=.045 n=97
Anteil von Familien, Stiftungen und Einzelpersonen an der Eigentümerstruktur	r=.03 p=.803 n=97	r=-.04 p=.736 n=97	r=.00 p=.985 n=97	r=-.09 p=.394 n=97	r=.20 p=.049 n=97
Anteil der öffentlichen Hand an der Eigentümerstruktur (alle Gebietskörperschaften)	r=-.14 p=.108 n=97	r=-.11 p=.299 n=97	r=-.13 p=.212 n=97	r=-.08 p=.415 n=97	r=-.12 p=.244 n=97
Anteil des ausländischen Einzelbesitzes an der Eigentümerstruktur	r=-.18 p=.079 n=97	r=-.12 p=.246 n=97	r=-.17 p=.088 n=97	r=-.13 p=.221 n=97	r=-.18 p=.085 n=97
Anteil von Eigentümern aus dem Kreis der 100 größten Unternehmen an der Eigentümerstruktur	r=.02 p=.839 n=97	r=.06 p=.560 n=97	r=.01 p=.948 n=97	r=.09 p=.396 n=97	r=-.03 p=.788 n=97
Aktive Personalverflechtung	r=.55 p=.000 n=100	r=.50 p=.000 n=100	r=.50 p=.000 n=100	r=.52 p=.000 n=100	r=.43 p=.000 n=100
Passive Personalverflechtung	r=.11 p=.282 n=100	r=.04 p=.729 n=100	r=.14 p=.160 n=100	r=.15 p=.139 n=100	r=.03 p=.791 n=100
Sektorzugehörigkeit: Banken und Versicherungen	r=.24 p=.014 n=100	r=.12 p=.231 n=100	r=.28 p=.005 n=100	r=.24 p=.015 n=100	r=.14 p=.166 n=100
Sektorzugehörigkeit: Automobilbau	r=.29 p=.004 n=100	r=.38 p=.000 n=100	r=.21 p=.033 n=100	r=.24 p=.018 n=100	r=.18 p=.071 n=100
Sektorzugehörigkeit: Maschinen- und Anlagenbau	r=-.06 p=.563 n=100	r=-.05 p=.597 n=100	r=-.07 p=.509 n=100	r=-.10 p=.303 n=100	r=.01 p=.894 n=100
Sektorzugehörigkeit: Chemie und Pharma	r=-.02 p=.865 n=100	r=-.08 p=.411 n=100	r=.03 p=.737 n=100	r=-.07 p=.490 n=100	r=-.05 p=.632 n=100
Sektorzugehörigkeit: Energie und Versorgung	r=-.12 p=.246 n=100	r=-.09 p=.358 n=100	r=-.11 p=.275 n=100	r=-.08 p=.440 n=100	r=-.10 p=.302 n=100
Sektorzugehörigkeit: Handel	r=-.10 p=.331 n=100	r=-.08 p=.441 n=100	r=-.09 p=.360 n=100	r=-.07 p=.518 n=100	r=-.09 p=.387 n=100
Sektorzugehörigkeit: Bauindustrie	r=-.06 p=.563 n=100	r=-.05 p=.646 n=100	r=-.06 p=.586 n=100	r=-.04 p=.700 n=100	r=-.05 p=.606 n=100
Sektorzugehörigkeit: Nahrungs-, Verbrauchs- und Konsumgüter	r=.04 p=.702 n=100	r=.08 p=.445 n=100	r=.03 p=.778 n=100	r=.07 p=.467 n=100	r=-.02 p=.820 n=100
Sektorzugehörigkeit: Personentransport	r=-.07 p=.502 n=100	r=-.05 p=.594 n=100	r=-.06 p=.527 n=100	r=-.05 p=.654 n=100	r=-.06 p=.549 n=100

Es werden der Pearsonsche Korrelationskoeffizient, die Signifikanz (p-Wert) und die Fallzahl angegeben. Fettdruck bei $p < .100$. Definitionen und Quellen der Variablen: Siehe Anhang.

Tabelle 4: Parteispenden und Strukturmerkmale der Unternehmen im Jahr 2002: Multiple Regression

Unabhängige Variable	Gleichung 1: Spenden insgesamt	Gleichung 2: ...an die SPD	Gleichung 3: ...an CDU/CSU	Gleichung 4: ...an die Grünen	Gleichung 5: ...an die FDP
Konstante	-15421,759 (18577,575)	-2719,063 (5403,849)	-8967,716 (11540,112)	208,940 (1301,027)	-3943,911 (4088,305)
Wertschöpfung	-1,956 (3,540)	0,79 (1,030)	-1,746 (2,199)	-0,454* (0,248)	0,165 (0,779)
Streubesitz	373,127 (388,690)	10,775 (113,062)	356,708 (241,448)	6,783 (27,221)	-1,138 (85,538)
Familien, Stiftungen, Einzelpersonen	470,469* (276,349)	48,700 (80,384)	247,861 (171,664)	-1,961 (19,353)	175,870*** (60,815)
Ausländischer Einzelbesitz	-42,038 (247,754)	-22,866 (72,067)	-13,983 (153,901)	-10,804 (17,351)	5,570 (54,522)
Aktive Personalverflechtung	20829,241*** (5138,253)	5423,0144*** (1494,616)	10146,679*** (3191,806)	1622,121*** (359,843)	3637,297*** (1130,758)
Banken, Versicherungen	67085,614** (27839,642)	7463,837 (8098,001)	47076,792*** (17293,570)	3119,536 (1949,670)	9425,450 (6126,577)
Automobilbau	106173,79*** (33562,354)	37540,205*** (9762,625)	49477,972** (20848,434)	6881,856*** (2350,444)	12336,755* (7385,955)
n	97	97	97	97	97
Korrigiertes R ²	0,377	0,320	0,314	0,308	0,237

Anmerkungen: OLS-Regression; Standardfehler werden in Klammern angegeben. Definitionen und Quellen der Variablen: siehe Anhang.
* $p < 0,1$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$. Software: SPSS.

Tabelle 5: Parteispenden der Arbeitgeberverbände im Jahr 2002 in Euro

	...an die SPD	...an die CDU	...an die CSU	...an die Grünen	...an die FDP
Untergliederungen des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall	45.000	317.500	1.135.000	60.000	266.500
Untergliederungen des Bundesarbeitgeberverbands Chemie	40.000	231.000	102.164	0	97.500
Sonstige	0	104.226	59.800	0	30.000
Summe: Alle Arbeitgeberverbände	85.000	652.726	1.296.964	60.000	394.000

Datenquelle: Rechenschaftsberichte der Parteien.